

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Stern Nr. 2.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Landratsamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonto: Dresden 1550
Zirkel Nr. 52.

Nr. 137.

Donnerstag, 15. Juni 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 24.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 1.50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Spalten) 4.50 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachzahlungs- und Vermittlungsgebühr 1 Mark. Feste Tarife, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Gähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Auf Blatt 568 des Handelsregisters, die Firma Kiehl, Matula & Co. in Riesa betr., ist heute eingetragen worden: Die Firma lautet künftig: **Rieser Backofen- und Gebäckfabrik Kiehl, Matula & Co. in Riesa.** Der Kaufmann Moritz Otto Marx in Riesa ist in die Gesellschaft eingetreten. Er ist zur Vertretung der Gesellschaft, aber nur gemeinschaftlich mit dem Geschäftsführer Hermann Matula ermächtigt. **Amtsgericht Riesa, den 9. Juni 1922.**

Wahlkarten betreffend.

Die Ausgabe der Wahlkarten auf die Zeit vom 1. 7. b. m. 30. 9. 1922 findet für Kinder vom 1.—12. Lebensjahre, für schwangere Frauen und für Personen vom vollendeten 65. Lebensjahre ab im Rathaus — Lebensmittellaut — Zimmer Nr. 15 — wie folgt statt: Diejenigen, die ihre Wahlkarten im „Hotel Stern“ holen, am 19. 6., vorm. 7—12 Uhr in der „Vollweiche“ holen, am 20. 6., vorm. 7—12 Uhr im „Hotel Kronprinz“ holen, am 21. 6., vorm. 7—12 Uhr

Diejenigen, die ihre Wahlkarten in der „Anabenschule“ holen, am 22. 6., vorm. 7—12 Uhr im „Café Wolf“ holen, am 23. 6., vorm. 7—12 Uhr in d. „Derberner Heimat“ holen, am 24. 6., vorm. 7—12 Uhr in der „Guten Quelle“ holen, am 26. 6., vorm. 7—12 Uhr in der „Dampfbadkantine“ holen, am 27. 6., vorm. 7—12 Uhr in „Stadt Dresden“ holen, am 28. 6., vorm. 7—12 Uhr in „Sieberts Restaurant“ holen, am 29. 6., vorm. 7—12 Uhr

Sur Ausstellung der Karten zum Bezuge der Wahlkarten sind unbedingt Ausweis-papiere (Geburtsurkunde oder Familien Stammbuch), **Protokollausweis und der letzte Abgabe von Wahlkarten.** Ohne Vorlegung dieser Papiere erfolgt keinesfalls Abgabe von Wahlkarten.

Bei verspäteter Abholung der Karten ist eine Gebühr von 50 Pf. für besondere Abfertigung zu entrichten.

Der Rat der Stadt Riesa, am 14. Juni 1922.

Lie.

Die neue Note der Reparationskommission.

Aus Paris wird gemeldet: Durch Vermittlung der Reparationskommission hat die Reparationskommission an die deutsche Regierung die angekündigte Note zu ihrer Mitteilung vom 31. Mai gerichtet, auf die sie sich eingangs ihrer neuen Note bezieht. Die Reparationskommission weist darauf hin, daß Einzelberatungen des Garantiekomitees über folgende Punkte bereits vereinbart sind:

1. Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben des Reichs,
2. mährisch-schlesische Kapitalanleihe,
3. Statistik.

Ueber diese drei Punkte erklärt die Kommission, das Ergebnis der Verhandlungen des Garantiekomitees mit der deutschen Regierung abwarten zu wollen. Bei den noch in Schwärze befindlichen Punkten wird bezüglich der Zwangs-anleihe erwartet, daß alle Dispositionen getroffen werden, um bis zum 1. Januar 1923 mindestens 40 Milliarden Ein-nahmen zu erzielen. Die Kommission stellt ferner fest, daß der ihr unterbreitete Haushaltsplan keine ergänzenden Ein-nahmen zur Deckung des Defizits der öffentlichen Betriebe vorseht. Hierüber erwartet die Kommission von der deut-schen Regierung bestimmte Vorschläge. Die Kommission er-kennt ferner an, daß das deutsche Gesetz über die Auto-nomisierung der Reichsbank der deutschen Regierung das Recht einzulassen, direkt auf den Gang der Finanz-Operationen einzuwirken, fordert jedoch, daß zur tatsächlichen Herstellung der Unabhängigkeit der Reichsbank diese nicht nur selbst unabhängig sein, sondern auch unabhängiges Personal haben muß. Auf die neueste Regelung, wonach das Recht der deutschen Regierung bei Ernennung des Prä-sidenten und des Aufsichtsrates der Reichsbank sich auf eine Kontrolle in Form eines einfachen Einspruchsrechtes be-schränkt und den Aktionären volle Freiheit bei der Wahl läßt, legt die Kommission großen Wert. Die Kommission be-zieht nicht darauf, daß in Bezug hierauf sofort neue Gesetze angenommen werden, behält sich aber das Recht vor, ein neues Gesetz zu verlangen. Im Interesse einer Befestigung der deutschen Währung und des deutschen Kredites kann die Unabhängigkeit der Bank erst wirksam werden, wenn die Reichsbank nicht mehr die Ermächtigung besitzt, Noten gegen Scheckscheine auszugeben. Zwar hängt jede Ein-schränkung der Inflation von der Deckung der öffentlichen Ausgaben durch tatsächliche Einnahmen an Steuern und inländischen Anleihen ab und es wäre verfehlt, die seit 1914 befristete Umwidmung der Papiergeldausgabe wieder herzustellen zu wollen, die deutsche Regierung muß aber schon jetzt die Wiederherstellung einer vernünftigen Umwidmung des Emissionsrechtes vorbereiten. Andernfalls wäre wieder zu befürchten, daß die Opfer, die jetzt vom deutschen Volke verlangt werden, um dem Anwachsen der schwebenden Schuld Einhalt zu tun, nicht ihr Ziel erreichen.

Nach einer Meldung der „Neuen Berliner Zeitung“ wird die Reparationskommission nächste Woche in Berlin eintreffen. Da sie die Forderung Deutschlands nicht ver-kennt, so erwäge sie, um einem weiteren Sturz der Mark vor-zubeugen, die Ausgabe einer kleineren Geldanleihe, die von Frankreich, England und Italien gewährt werden würde.

Die Völkervereinigung

In Paris hat in ihrer gestrigen Sitzung die Prüfung der Ausgaben fortgesetzt, die der Interalliierten Kommission durch die Verwaltung des oberschlesischen Abkommungs-gebiets erwachsen sind. Sie hat ferner beschlossen, die Staaten, die Gläubiger Oesterreichs sind, zu ersuchen, auf ihr Vorrecht auf die Dauer von 20 Jahren zu verzichten, damit die Anwendung des zur Wiederaufrichtung Oesterreichs vorgesehenen Kreditystems ermöglicht werde.

Die Rückzahlung der alliierten Schulden. Nach einer Blättermeldung aus Washington teilte Finanzsekretär Mellon mit, man hoffe, sich vor Ablauf von drei Monaten über die Rückzahlung der Schulden der Alliierten zu ver-ständigen.

Die Haager Konferenz.

Wie das niederländische Korrespondenzbüro erzählt, wird die erste Zusammenkunft der Delegierten der Vorkonferenz heute nachmittags 2 1/2 Uhr im Friedenspalast stattfinden. Im Namen der niederländischen Regierung wird der Minister des Äußeren die Delegierten begrüßen. Der französische Gesandte Bénévoit, der Frankreich bei der Haager Vor-konferenz vertritt, erklärte dem Sonderberichterstatter der Agentur Davao, daß er der heutigen Sitzung und den Sitzungen der folgenden Tage als Beobachter der franzö-sischen Regierung beiwohnen werde. Er passe seine Haltung vollkommen den Richtlinien der französischen Denkweise vom 4. Juni an.

Eine Rede des Reichsernährungsministers im vorläufigen Reichswirtschaftsrat.

Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat wies der Reichs-minister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Fehr bei der Beratung des Gesetzesentwurfes zur Regelung des Ver-kehrs mit dem Getreide der Ernte aus dem Jahre 1922 darauf hin, daß die diesjährige Ernte die vorjährige sicher keinesfalls erreichen werde, woraus sich die Notwendigkeit ergebe, zur Sicherstellung der Brotversorgung aus der Inlandherzeugung eine bestimmte Menge zu erfassen. Die Umlage bedeute wohl für die Landwirtschaft ein Opfer, aber auch andere Wirtschaftskreise außer der Landwirtschaft, so der Hausbesitz, die Kohlen- und Zementindustrie müßten eine bestimmte Beschränkung erdulden. Zur Erhaltung der Produktionskraft der Landwirtschaft würde es erforderlich sein, für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Preise zu be-willigen, welche die Wirtschaftskosten einschließlich eines angemessenen Gewinnes deckten. Ungeachtet sei noch, ob dabei der innere Wert der Mark die Grundlage bilden würde. Eine Arbeitskommission werde über die Preisfestsetzung verhandeln. Er wisse von vornherein, daß es nicht ge-linge, aus der umlagefeindlichen Landwirtschaft eine um-lagefreundliche zu machen. Es müsse aber wenigstens ver-sucht werden, aus der umlagefeindlichen eine solche Land-wirtschaft zu machen, die für die Umlage nicht während wirde. Ja, das Brot müsse zu einem für die Allgemeinheit er-schwinglichen Preise geliefert werden können. Es werde deshalb nicht möglich sein, den Marktpreis für Brotgetreide zu zahlen. Die Kommission werde Mittel und Wege suchen müssen, um aus dieser Ungerechtigkeit herauszukommen und andererseits die Frage der öffentlichen Brotversorgung zu ermäßigten Preisen zu lösen.

Der Reichswirtschaftsrat nahm gegen eine große Minderheit den Antrag des Ausschusses an, dem Geset-entwurf in der Fassung der Regierungsvorlage mit der Maßgabe zuzustimmen, daß die Zustimmung die Billigung des allgemeinen Grundgedankes des Gesetzesentwurfes bedeute, den einzelnen Bestimmungen aber in ihrer Stellungnahme zu den einzelnen Punkten von untergeordneter Bedeutung freie Hand lassen.

Ueber das Zwangsanleihegesetz entspann sich sodann eine längere, lebhafteste Aussprache. In der Abstimmung wurde der Vorlage nach den Ausschlußbeschlüssen mit den Änderungen zugestimmt, daß die Verzinsung nach der Regierungsvorlage festgesetzt und die Fälligkeitsrate auf 200 000 Mark erhöht wird. Eine andere angenommene Ent-scheidung fordert, vom neuvermehrten Vermögen Klein-wohnungsgrundstücke auszuschließen.

Neue Steuervorlagen.

Wie die Zentrumsparlamentarierkorrespondenz meldet, werden im Reichsfinanzministerium neue Steuervorlagen geplant. Es dürfte sich dabei, wie die Korrespondenz mit-teilt, in erster Linie um die Erhöhung der Umsatzsteuer, wie sie in der ursprünglichen Regierungsvorlage geplant war, handeln. Weiter dürfte eine Erhöhung der Kohlen-steuer in Frage kommen. Es ist auch mit der Ab-schließung zu rechnen, daß eine Anpassung verschiedener direkter Steuern an die eingetretene Geldentwertung ins Auge gefaßt wird.

Ueber die Räumung Oberschlesiens

durch die alliierten Truppen und den Einzug der polnischen und der deutschen Truppen sowie über die Abreise der interalliierten Kommission verläutet folgendes: Die Be-stimmungen über die Auflösung der Polizei und der Ge-meindefrieden sind in einer besonderen Instruktion festgelegt worden. Der Auflösung der örtlichen Polizeigewalt folgt unter der Aufsicht der Kreisinspektoren der Einzug der deutschen und der polnischen Polizei. Die Abreise des Personals des Kreisinspektors erfolgt in Kattowitz, Kreuzburg und Oberglogau am 3. Tage, in Königshütte und Leobischitz am 6. Tage, in Hohenberg und Lublitz am 9. Tage, in Rodel und Wiek am 12. Tage, in Beuthen, Ratibor, Rohnitz, Gleiwitz, Tarnowitz und Zabrze am 17. Tage, in Großschellig am 22., in Oppeln am 23. Tage. Die Termine für den Abmarsch der alliierten Truppen werden demnach in ihren Einzelheiten veröffentlicht werden. Der Einzug der deutschen und der polnischen Truppen darf grundsätzlich erst einen Tag nach dem Abmarsch der alliierten Truppen stattfinden, und zwar nach den zwischen den beteiligten Mächten vereinbarten Bestimmungen. Der Anmarsch der deutschen Polizei und der deutschen Truppen darf nur auf der Linie Breslau—Arensburg oder Reibe-nastelwitz stattfinden.

Erhöhung der Beamtgehälter.

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und der Abtag haben laut „Vorwärts“ der Reichsregierung eine

Eingabe übermittelt, in der sie die Reichsregierung angeht die raschen Geldentwertung und der damit verbundenen steigenden Teuerung erludnen, baldmöglichst Verhandlungen anzuübernehmen über eine angemessene Erhöhung der Bezüge des Personals der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe. Wie die Blätter hören, hat die Reichsregierung bereits die Spitzenverbände der Beamten und Staatsarbeiter zu einer Beratung über die Frage der Erhöhung der Gehälter und Löhne für Anfang nächster Woche eingeladen.

Der Gesetzesentwurf zur Bekämpfung der Not der Presse

Ist gestern von der Reichsregierung erneut beraten worden. Laut „Vorwärts“ wurde die Einbringung einer Gesetzesvorlage beschlossen, nach der ein Unterstützungsfonds von 500 Millionen Mark durch besondere Abgaben aufgebracht werden und auf die Presse nach dem Papierverbrauch verteilt werden soll. Das Gesetz soll vom Reichstag noch vor Beginn der Sommerpause verabschiedet werden.

Deutscher Reichstag.

mitb. Berlin, 14. Juni.

Zunächst wird eine Anzahl kleinerer Vorlagen erörtert. Angenommen wird der Gesetzesentwurf, durch den die Geld-strafen in der Reichsverfahrensordnung und der An-gestelltenversicherung auf den zehnfachen Betrag erhöht werden, in allen drei Lesungen. Der Entwurf über die weitere Entlastung der Gerichte, d. h. über die Aus-dehnung der Zuständigkeit der Amtsgerichte, wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Sodann wird die zweite Beratung des Reichsjugend-wohlfahrtsgesetzes fortgesetzt.

Abg. Leuthäuser (Dp.) führt in seiner gestern durch den Schluß des Abg. Täumig unterbrochenen Rede fort. Er fordert, daß eine enger persönliche Fühlung zwischen Verfassungsausschuß und Mündel hergestellt werde. Abg. Dr. Löwenstein (L.Soz.) beantragt für den ersten Paragraphen eine Fassung, welche den öffentlichen Charakter der Jugendhilfe festlegt. Die Jugendämter seien wertlos, solange ihnen das Recht der Exekutive fehle. Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.): Das Gesetz bewirkt die Zusammen-fassung der bestehenden Hilfsstellen und Hilfswerke und die Verschmelzung des Hilfswerts. Das Kind soll nicht mehr von so vielen Ministerien reorganisieren. Trotz mancher von rechts und links geäußerten Bedenken glauben wir, daß das Gesetz gangbare Wege gefunden hat. Frau Abg. Hans-Brumann (Dp.) erkennt ebenfalls an, daß das Ge-setz viel Gutes enthält. Die Praxis werde wohl zeigen müssen, wie das Gesetz arbeiten werde. Die ausgeworfenen 100 Millionen würden aber zweifellos nicht ausreichen, jedenfalls könnte Vapern die auf dieses Land entfallenden Lasten nicht tragen. Abg. Seidemann (Komm.) wirft dem Ausschuss vor, Verschlechterungen in das Gesetz hineinge-bracht zu haben. Es sei keine Spur von einem großzügigen Versuch vorhanden, Arbeits- und Gemeinwohlverbesserung zu leisten. Auch sei der Unterschied zwischen eheleichen und unehelichen Kindern immer noch nicht beseitigt. — Nach un-wesentlicher weiterer Debatte wird der grundlegenden § 1 und schließlich der Rest des Gesetzes unter Ablehnung der dazu gestellten Änderungsanträge in der Ausschlußfassung angenommen, ebenso in der sich sofort anschließenden 3. Lesung. Das Gesetz wird mit dem 1. 4. 1924 in Kraft treten. — Der Gesetzesentwurf über die Zulassung der Frauen zu den Beamten und Berufen der Rechtspflege wird dem Rechtsausschuß überwiesen. Freitag nachmittags 2 Uhr An-tragen, Zwangsanleihe und keine Vorlagen. Schluß 6 1/2 Uhr.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Schiedsgericht in der Berliner Metallindustrie ist von den Arbeitnehmern in der am 12. Juni vorgenommenen Abstimmung mit dreiviertel Mehrheit abgelehnt worden. Nach den bisher bekannt gewordenen Ergebnissen haben 393 Betriebe mit 80 498 Stimmen abgestimmt. Für die Annahme waren 18 227 Stimmen, dagegen 60 901 Stimmen, ungültig 1967 Stimmen. Die gewerkschaftlichen Verwaltungsorgane werden über die nunmehr geschlossene Lage Beschlüsse fassen.

Tagung der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer. In Nürnberg begannen gestern die Verhandlungen der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer, zu denen aus allen Teilen des Reichs Vertreter erschienen waren. In einer Ent-scheidung wird dagegen Protest erhoben, daß entsprechend einer Verfügung des Reichsverkehrsministers nichthand-werkmäßig vorgebildete Personen zum Lokomotivführer-dienst verwendet werden sollen. In den Reichsanlagen wurde ein Telegramm gerichtet, in dem die Gewerkschaft die

Wählung des Ehrenwortes vom 7. Februar in der Frage der Beamtenmehrungen erwartet.

Die neue Schandtat im besetzten Gebiet. Auf Veranlassung der Wiesbadener Staatsanwaltschaft ist die Leiche der Frieda Gude, die am Sonntag in der Nähe von Idstein von 3 Marokkanern ermordet worden ist, Dienstag feierlich worden. Es wurde festgestellt, daß der Tod durch Erdrückung eingetreten ist, nachdem die Ermordete vorher vergewaltigt worden war. Der Bevölkerung der ganzen Stadt hat sich ungeheure Erregung bemächtigt.

Die angebliche Entdeckung einer geheimen Franktion in Berlin hat sich als gänzlich harmlos herausgestellt. Es handelt sich um die Erfindung eines neuen Systems, das der Erfinder bereits patentamtlich angemeldet hatte und mit dem er einige Versuche angestellt hat.

Die Senatsvorlage zum Ausbau des Hamburger Hafens, die 150 Millionen Mark als erste Rate für den Eisenbahnen-Handels- und Wasserhof und 137,7 Millionen für die Arbeiten im Hafen fordert, wurde von der Hamburger Bürgerschaft einstimmig genehmigt.

Die Schulpolitik der Länder. Nach einer vom Reichsminister des Innern auf Anfrage erteilten Antwort ist der Entwurf eines Reichsgesetzes über die Schulpolitik der Länder dem Reichsrat am 31. Mai ausgegangen. Die Reichsregierung legt den größten Wert darauf, daß das Gesetz noch in der laufenden Tagung des Reichstags vor dem Sommerferien verabschiedet wird.

Das kommunikative Bürgerrechtsmitglied Thaelmann hat, wie aus Hamburg gemeldet wird, bei der Polizei Anträge erstattet, daß in der Nacht zum 13. gegen 12^{1/2} Uhr vor dem Fenster seiner im Erdgeschoss gelegenen Wohnung ein Stein mit einer abgebrannten Sprengkapsel geworfen worden sei. Seine Ehefrau habe um die angegebene Zeit einen Feuerlöscher gesehen und ihm bei der Rückkehr in seine Wohnung sofort Mitteilung gemacht. Thaelmann soll auch durch einen Brief gewarnt worden sein.

Der Unfall des Abgeordneten Däumig in der vorgeschlagenen Reichstagskammer hat sich als linksseitiger Schlaganfall herausgestellt. Abgeordneter Däumig ist linksseitig gelähmt. Sein Befinden hat sich gebessert, er hat den Gebrauch der Sprache wiedererlangt. Nach ärztlicher Ansicht dürfte der schwere Unfall ihn aber mindestens 1/2 Jahr von jeder parlamentarischen Tätigkeit fernhalten.

Die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung. Nach amtlichen Feststellungen sind die Kosten der Lebenshaltung vom 16. Mai bis 14. Juni ds. Js. um 71 Prozent gestiegen.

Zur Gründung einer neuen österreichischen Notenbank. Sämtliche Wiener Blätter begrüßen freudig den Beschluß betreffend die Gründung einer österreichischen Notenbank. Die „Arbeiterzeitung“ sagt, wenn der Plan vernünftig und energisch durchgeführt werde, könne man der Geldentwertung starke Schranken entgegenstellen. Man dürfe nun vielleicht doch hoffen, daß es gelingen werde, der tollen Kurs- und Preisbewegung Einhalt zu gebieten. Die „Reichspost“ erzählt: Die Wiener Banken würden nach dem gestern vollzogenen Abmachungen 200 Millionen Schweizerische Francs als Gründungskapital für die neue Notenbank beisteuern. Die „Arbeiterzeitung“ verlangt, daß die Großbanken nicht weniger als 100 Millionen Schweizerische Francs zur Verfügung stellen sollten, was dem Banknotenumsatz Österreichs zum letzten Monat entsprechen würde. Wie die Berliner Blätter aus Wien melden, intervenierte vorgestern ein Ententevertreter bei den unter englischem und französischem Einfluß stehenden Banken, der Länderbank und der Anstalt, damit der Regierung folgende größere Zeitsummen zur Verfügung gestellt würden. Die beiden Institute erklärten sich nach einer Mitteilung der „Neuen Freien Presse“ bereit, sofort Beträge von 10 Millionen Francs für die Regierung flüssig zu machen.

Kein Verkauf der ungarischen Bahnen. Das ungarische Telegramm-Bureau ist von ausländischer Seite ermächtigt, die Nachricht eines Wiener Blattes, daß ein Konsortium mit der ungarischen Regierung über den Verkauf der ungarischen Bahnen verhandelt, auf das energisch zu demütieren. Die ungarische Regierung habe nicht die Absicht, ihre Eisenbahnen zu verkaufen.

Gegen die schuldnerische Politik der Regierung. Auf einer allgemeinen Versammlung des Freihandelsvereins wurde einstimmig eine Entschliesung angenommen, welche es den Mitgliedern des Freihandels im Unterhaus nahe legt, gegen die geplante Besteuerung eingeführter Webstoffe und Handtücher zu stimmen und die schuldnerische Politik der Regierung, sowie alle Versuche, die Zölle von Fabrikanten zu erhöhen, zu bekämpfen.

Angriffe gegen Norddeutsche. Das Madrider Blatt „El Sol“ bringt einen scharfen Artikel gegen Lord Northcliffe's Veröffentlichungen über Deutschland. Die Zeitung sagt, Northcliffe sei zusammen mit allen Hebern Englands und Frankreichs ein Hindernis für den wahren Frieden.

Lenins Gesundheitszustand. Zur Meldung der Berliner „Freiheit“, daß Lenin infolge seiner schweren Krankheit gezwungen sei, Moskau auf ein halbes Jahr zu verlassen und daß er deshalb in der Regierung durch einen Vertreter auszuwählen sei, erzählt die „B. Z.“ am Mittag an Berliner Stelle, daß von einer derartigen Maßnahme in Moskau jetzt keine Rede sei. In einem in Berlin eingetroffenen Briefe an Litwinow schreibt Litwinow, daß Lenins Krankheit einen Genesungszustand darstelle, der eine unmittelbare Lebensgefahr nicht einschliesse.

Eine Abrüstungskonferenz. Nach dem Warschauer Blatt „Korespondents“ beschloß die Moskauer Regierung, Polen, Lettland und Finnland die Einberufung einer Konferenz unter eventuellem Bezug weiterer Staaten zur Beratung über eine Abrüstungsbeschränkung vorzuschlagen.

Die auswärtige Politik des neuen Ministeriums. Der Minister des Äußeren Graf Litwina teilte der Presse mit, die auswärtige Politik werde unter dem Ministerium Rato keine Veränderung erfahren. Die neue Regierung werde die abgeschlossenen Verträge und die Washingtoner Erklärungen zur Ausführung bringen. China gegenüber verhalte sich Japan streng neutral. Die Zurückziehung der japanischen Truppen aus Hankau Peking und anderen Städten des nördlichen Chinas sei nur durch die Unruhen dort veranlaßt. Die Lage Sibiriens gestalte nicht eine sofortige Zurückziehung der japanischen Truppen. Wenn aber dort die Ordnung wieder hergestellt und der Schutz der Japaner gesichert sei, würden die japanischen Truppen unverzüglich wieder zurückgezogen werden.

Kämpfe an der Grenze der Mandchurien. Einer von den Londoner Blättern veröffentlichten Meldung aus Tientsin zufolge sind an der Grenze der Mandchurien ernste Kämpfe im Gange.

Ein gegen die deutschen Waren gerichteter Antrag abgelehnt. Der Stadtrat von Sydney hat einen Antrag verworfen, der verlangte, daß in deutschen Waren nicht gehandelt werden dürfe.

Der Kampf gegen die deutschen Waren. Vom Finanzminister wurden im Unterhause erhebliche Forderungen an den Tarifvorschlagen der Regierung angebracht. Dem Druck der Produzenten nachgebend, die eine Ueberwindung Kanadas mit deutschen Waren voraussetzen.

Schätz der Finanzminister vor, daß der für die Berechnung der Höhe in Betracht zu ziehende Wert der Waren nicht geringer sein sollte, als der Wert ähnlicher im Vereinigten Königreich erzeugter Waren. Wenn ähnliche Waren im Vereinigten Königreich nicht erzeugt würden, so soll der Wert nicht geringer sein, als der Wert ähnlicher Waren, die aus irgend einem europäischen Lande eingeführt werden, dessen Valuta sich nicht wesentlich verschlechtert habe.

Verliches und Sächliches.

Mies, den 15. Juni 1922.

Nichtamtlicher Bericht über die gestern nachmittag im Rathssaale abgehaltene öffentliche Sitzung des Schulausschusses. Für die Wahl zweier Arbeiter und zweier Arbeiternehmer als Vertreter von Berufsvereinigungen in den Beirat für die Fortbildung und Fachschule wurden die Herren Tapscierermstr. Wäling, Tischlermstr. Schumann, Tischler. Heider jun., Gewerkschaftsbeamter Richter und Tischler Reinhold in dieses Beirates wurden die Herren Stadtrat Möhrhorn und Lehrer Thielemann vorgeschlagen. Es waren ferner auch Vorschläge für die Wahl der Arbeitergeber und der Arbeiternehmer als Vertreter von Berufsvereinigungen in den Beirat für die Mädchenfortbildungsschule vorhanden. Vorschläge wurden die Vorsitzende der Frauenorganisation für den Abbruch von Tarifverträgen mit den Hausangestellten, ferner Frau Kallenbach, Frau Deun, Frau Döring und Frau Schier. Für die Wahl eines Vorsitzenden dieses Beirates wurden wieder die Herren Stadtrat Möhrhorn und Lehrer Thielemann vorgeschlagen. Es wurde hierauf Kenntnis genommen von den Berichten des Schulausschusses über die im Jahre 1921 in den hiesigen Volksschulen vorgenommenen Untersuchungen der Kinder. Auf Anfrage teilte im Anschluß daran Herr Bärnermiller Dr. Scheider mit, daß seitens der Stadt sehr viel getan wird, um bedürftigen Kindern einen Erholungsurlaub zu bieten, jedenfalls nicht weniger als von anderen gleichgroßen Gemeinden. Die Frage, ob es sich empfiehlt, die Ferienkolonie weiter nach Uttenbera zu entfenden, aber ob den Kindern durch Gemäßung einer Mischung ein besserer Dienst geleistet würde, soll geprüft werden. Zur Beratung stand ferner die Frage der Einführung des Bezirksfiskus für die hiesigen Volksschulen. Der Schulausschuß beschloß, den städtischen Kollegialen zu empfehlen, sich für die Einführung des Bezirksfiskus für die hiesigen Volksschulen in die Verhandlungen mit der Einföhrung des Bezirksfiskus begangen werden soll, 2. daß zu diesem Zwecke die Errichtung einer 3. Schulleiterstelle mit Wirkung vom 1. Oktober für die Volksschule beim Ministerium nachgesucht wird, daß im übrigen aber über die Art, wie diese Bezirksfiskusführung vor sich gehen soll, die Entschliesung ausgesetzt wird, bis nach weiterer einsehender Erörterung und Beratung. 3. Bezüglich der Durchführung der Bezirksfiskusführung spricht der Ausschuß jetzt schon seine Meinung dahin aus, daß die Oetern 1923 vorhandenen Klassen grundsätzlich in den Grundstufen, in denen sie jetzt untergebracht sind, weitergeführt werden. Der Vorschlag der Verdrickung der Anabenfortbildungsschule, mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 ab für die Fortbildungs- und Fachschule eine selbständige Schulleiterstelle zu errichten, wurde angenommen. Den städtischen Kollegialen soll ferner vorgeschlagen werden, dieser Schulleiterstelle auch die Leitung der Mädchenfortbildungsschule zu übertragen. Zugelimmt wurde den Vorschlägen über die künftige Regelung der Dienstverhältnisse der Schulleiter und deren Stellvertreter, jedoch mit der Maßgabe, daß zunächst versucht werden soll, mit den vorhandenen zwei Schulbeiräten wegen Vorrichtung von Schulräumen wurde dem Bauauschuß überwiesen. Die aufgestellten Vergeldnisse über die ortsfremden Schüler haben ergeben, daß die Anabensschule 41 und die Mädchenchule 44 auswärtige Kinder besuchen. Der Besuch unserer Volksschulen durch diese Uebergangslehrgänge genehmigt.

Ministerpräsident Buc ist vom 10. Juni bis zum 29. Juli verabschiedet. Seine Vertretung übernimmt der Minister des Innern Winksi.

Freiwilige Amtsniederlegung. Der Präsident der Oberrechnungskammer Dr. Wahle, der von der Regierung zwangsweise pensioniert werden sollte und in einem Prozeß gegen die Regierung ein obigesendes Urteil hervorgebracht wurde, wird, wie verlautet, früher oder später freiwillig aus seinem Amte scheiden.

Gelichterte Tarifverhandlungen. Man berichtet und: Zwischen dem Saar- und dem Deutschen Metallarbeiterverband (Ortsgruppe Mies) sind in der letzten Zeit Verhandlungen geführt worden wegen fester Bezahlung der Arbeiter. Da die Saarlöhner hierzu absolut nicht zu haben sind, schlagen die Metallarbeiter wenigstens die Abgabe für den Saal - die bis jetzt 25 Prozent der Tarifsumme betrug - auf 10 bzw. 15 Prozent herabzumindern, was aber vom Saarlöhnerverband ebenfalls abgelehnt wird, so daß ein Streit der Metallarbeiter zu erwarten ist.

Vom zwischenparteilichen Ausschuss zur Durchführung des Volksbegehrens zum Landtagsauflösung ist mitgeteilt: Aus den verschiedensten Teilen des Landes kommen Nachrichten, die erkennen lassen, daß den Gemeindegliedern die bei der Durchführung des Volksbegehrens zu beobachtenden Vorschriften nicht genügend bekannt sind. Einmal herrscht Unklarheit darüber, wozu die Listen nach Ablauf der Entzugfrist zu senden sind. Dann aber hat insbesondere festzustellen werden müssen, daß die Enttragung des Vornamens und Standes von den Gemeindegliedern des Stens als notwendig ist hingestellt wird. Die hierdurch verursachte mangelhafte Ausführung der Listen könnte unter Umständen die ganze Enttragung ungültig machen.

Der Landesverband christlicher Elternvereine wendet sich an die gesamte evangelische Bevölkerung Sachiens mit folgender Rundgebung: Bis zum 19. Juni 1922 liegen in allen Orten Sachsens die Listen zur Entziehung für das Volksbegehren aus. Neben dem Wahlrecht sind Volksbegehren und Volksentscheid die einzigen Mittel, durch welche der einzelne seiner Meinung öffentlich-rechtlich wirksam Ausdruck geben kann, ob er mit den Maßnahmen des Landtages und der von seiner Mehrheit gebildeten evangelischen Regierung einverstanden ist oder nicht. Die christliche Bevölkerung Sachsens hat den berechtigten und begründeten Wunsch, unzufrieden zu sein und sich diesem zu fühlen. Wer nicht will, daß es so bleibt, sondern wer will, daß es anders und besser werde, der muß sich umgesehen in die ausliegenden Listen einschreiben. Wer den kurzen Weg wählt, der darf sich nicht beklagen, wenn es noch schlechter wird als bisher. Die christlichen Eltern, die zur Zeit Kinder in die Schule schicken müssen, wissen, was sie zu tun haben. Sie schreiben sich sämtlich in die Listen ein. Wir fordern aber alle christlichen Glaubensgenossen überhaupt auf, mitzuhelfen und sich schneidens in die ausliegenden Listen einzutragen, auf daß es endlich in Sachen besser werde!

Aus den Landtagsauschüssen. Der Sonderauschuß des Landtages für die Beratung der Gemeindeverform setzte am Dienstag die Beratung fort. Bis zum 18. verläßt die Aussprache und Abstimmung schließlich. Die Debatte über Abschnitt II über die Gemeindeverformwahl, die mit § 19 einsetzt, brach jedoch durch

Anträge der Kommunisten und der Rechtspartei große Nebenentscheidungen. Es wurde die grundsätzliche Frage aufgeworfen und erörtert, ob man 1. dem Regierungsentwurf in seiner grundsätzlichen Tendenz zustimmen oder 2. die Bürgermeisterversammlung oder 3. die Magistraterversammlung im Gelebe vortreten oder auch 4. den Gemeinderat die Wahl zwischen Bürgermeisterversammlung und Magistraterversammlung überlassen sollte. Die erste Frage wurde von der Mehrheit gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Arbeitssozialdemokraten verneint. Die Abstimmung über die zweite Frage erarb die Zustimmung der Mehrheit gegen die Stimmen der Unabhängigen. Damit machte sich ein Abbruch der Verhandlungen notwendig, die Mittwoch früh 9 Uhr fortgesetzt werden sollen, nachdem die Funktionen erneuert Stellung angenommen haben werden. Der Sonderauschuß für die Gemeindeverform setzte darauf seine Beratungen fort und nahm einige Abstimmungen vor. Die Kommunisten waren dabei gewonnen worden, über die vorgelegten Beschlüsse zur Tagesordnung überzugehen, ohne den Einspruch der Rechtspartei zu beachten. Fast alle Anträge der Rechtspartei wurden abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag der Kommunisten, daß in Zukunft alle Personen, die sich in Sachen wegen politischer Vergehen in Schubhaft befinden, zur Gemeindevahl nach ihrem Festsetzungsurteil zugelassen werden dürfen. Ein vorkommender Antrag, denen das Wahlrecht zu verweigern, die unter Polizeiaufsicht stehen oder über deren Vermögen ein Konkursverfahren eröffnet ist, wurde nur in seiner ersten Hälfte einstimmig angenommen. Dagegen fand ein Antrag Blüher zu § 2 einstimmige Annahme, wonach ein Gemeindevorstand, sein Mandat verliert mit dem Verlust der Wählbarkeit oder wenn sich herausstellt, daß er bei seiner Wahl die Wählbarkeit nicht besessen hat. Die Landtagsauschüsse A und B beschäftigten in gemeinsamer Sitzung Wohnungsbaufragen. In erster Linie stand Titel 5 des außerordentlichen Landeshaushalts für 1921 - Kapitalbelegung des Statutes an der Landeslieferungsgehilfe Sächsisches Sten - zur Besprechung. Der vorgesehene Betrag des Staates mit 2 885 000 M. für 1922 an dieser Gesellschaft wird zugestimmt. Im Aufsichtsrat und Vorstand der Gesellschaft sollen zwei Landtagsabgeordnete entsandt werden. Von unabhängiger Seite wird hervorgehoben, daß der Landtag bei der Verteilung der bewilligten Baufördermittel mit zuwirken Gelegenheit erhalten müsse. Die von dieser Seite beantragte Einsetzung eines Ausschusses zur Ueberwachung der Aufschwüchertung wird einstimmig angenommen. Im Verlauf der Aussprache wird darauf hingewiesen, daß in Erfüllung der deutschen Reparationsverbindlichkeiten große Mengen Kautschuk an das Ausland geliefert werden müßten. Von deutschnationaler Seite wird die Lehmbauweise unter zöglicher Mithilfe des Eigentümers verteidigt, während dieser Plan von sozialistischer Seite als nicht zeitgemäß verworfen wird und die stärkere Förderung der sozialen Baubetriebe verlangt wird. Die Demokraten verlangen Beteiligung des Landes an der Aufbringung von Mitteln zur Beseitigung der Wohnungsnot. Die Reichstatterin Frau Abgeordnete Böttner verteidigt die Freiheit der Wohnungssuchenden, sich einfache Häuser zu erstellen. Die Sozialparteilicher Seite aus wird der Auffassung widersprochen, die sozialen Baubetriebe seien vorteilhafter. Die Regierung wies darauf hin, daß aus den Mitteln, die das Reichsmietengesetz bringt, etwas Käse erwachsen würde. Durch Entgegenkommen auf steuerlichem Gebiete sei die Beschaffung von Baufördermitteln geplant. Jeder habe die Regierung sich noch nicht entschieden können, diesem Plane beizutreten. Der Rechtsauschuß des Landtages verabschiedete das Uebertragungsgelebe für Richter entprechend dem Regierungsentwurf. Die von den Rechtsparteiern gestellten Anträge wurden abgelehnt. Der feinerzeit von demokratischer Seite eingebracht Antrag, dieses Gelebe auf alle Staatsbeamte auszudehnen, war zurückgezogen worden.

Dem Landtag ist als Regierungsvorlage der Entwurf einer Verordnung zugegangen, die weitere Erhöhung der Höhe der Gebühren für Ärzte, Chemiker, Pharmazeuten und Hebammen, ferner eine Vorlage über die endgültige Gestaltung der Befolgungsmittel in den Haushaltspänen auf die Rechnungsjahre 1921/22 und über einige Änderungen des Befolgungsplanes für 1920.

Truppenplatz Reithain. Wie allgemein soll auch in diesem Jahre auf dem hiesigen Feldensriedhofe am Johannistage, den 24. Juni, nachmittags 5 Uhr eine Gedächtnisfeier durch Herrn Pastor Reichel stattfinden.

Leisnig. Nach einer Bekanntmachung des Stadtrats sollen die städtischen Kirchen in diesem Jahre nicht verpachtet werden, sondern die Stadt will sie in eigener Regie an die Einwohnerschaft abgeben.

Reithen. In der Erde gegenüber der „Anorre“ ertrank das neunjährige Söhnchen des Beamten Wälther aus Miesbach.

Tressden. Ein armer Kaufmann, der sich auf der Jahreschau sechs Jahreschoullos für zusammen 18 Mark kaufte, fand darunter einen Hauptgewinn von 5000 Mark. Kaltblütig kaufte er ab und verkaufte sie und gewann jetzt 3000 Mark. Alles innerhalb 5 Minuten. Man konnte feststellen, daß alle Zuschauer, dieses Mal wirklich ohne Reib, sich mit dem armen Teufel, der mit seinen 800 Mark frohbeglückt abging, von Bergen freuten.

Pirna. In der gestrigen Stadtkommunalversammlung handelte der Bürgermeister eine Anleihe von 10-12 Mill. Mark für den Kleinwohnungsbau an. Im benachbarten Gaidenau wurde von dem Gemeinderat gegen die Stimmen der bürgerlichen Mitglieder die Einführung der Losenpflicht, die Lagerbestände zu retten.

Sebitz. Zum Zwecke der Erbauung von Kleinwohnungen für die Sebnitzer Blumenarbeiter haben die Dem-Porter Kaufleute Morris Goldjahr 300 000 M. und E. Jucker, Wittinhaber der Firma Jucker & Julephl, zum Reichen des guten Einvernehmens, welches diese Firma seit länger als zwei Jahrzehnten mit der Sebnitzer Blumenindustrie verbindet, 1000 Dollar (gleich 287 000 M.) der Sebnitzer Stadtgemeinde übergeben.

Großhaderswalde. Bei dem am Sonnabend nachmittags hier ausgetretenen Gewitter schlug der Blitz in das Anwesen des Gutbesizers Wlzig im Mitteldorf und scherte das Wohnhaus bis auf die Grundmauern ein. Das Vieh konnte gerettet werden. Vor einigen Jahren ist dem Besitz schon eine Scheune durch Blitzschlag abgedrängt.

Robewitzsch. Am Freitag nachmittags wurde der 6jährige Schulfabe Vogel von einem Automobil aus Eisenstod überfahren. Der Verunglückte war sofort tot.

In diesen Tagen

wird der Briefträger zu unseren Postbegleitern kommen und das Bezugsgeld für das nächste Vierteljahr erbiten. Damit eine Unterbrechung in der Zustellung des Mieser Tagesblattes zu Beginn des kommenden Monats vermieden wird, empfehlen wir die sofortige Erneuerung des Bezugsgelds beim Briefträger oder dem nächsten Postamt. - Vierteljährlicher Bezugsgeld des Mieser Tagesblattes durch die Post frei ins Haus 81.- Mark.

• Leipzig. In der am Mittwoch abgehaltenen Stadterordnungsversammlung wurde ein Antrag der Unabhängigen angenommen, bei der Reichsregierung und dem Stadtrat dahin zu wirken, daß das Verkehrsministerium die bei der Reichsregierung...
1. ...
2. ...
3. ...

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 15. Juni 1922.

Abänderung der Erbschaftsteuer.

• Berlin. Die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei bereiten zwei in der Grundtendenz übereinstimmende Initiativanträge zur Abänderung der Erbschaftsteuer vor. Die Freigrenzen sollen entsprechend der inzwischen eingetretenen Geldentwertung erhöht und die Tarife ermäßigt werden.

Der Wirtschaftsplan Bauers.

• Berlin. Im Namen des Österreichisch-deutschen Volksbundes richtete der Reichstagspräsident Lothe an das Mitglied des Österreichischen Nationalrates Otto Bauer ein Telegramm, in dem er erklärt, daß der Volksbund mit großem Interesse von dem Wirtschaftsplan Bauers Kenntnis genommen habe, und Bauer einladet, ebendies in Berlin vor einem Kreis von Politikern und Wirtschaftlern der verschiedenen Parteien und Richtungen zu sprechen und den Plan zur Diskussion zu stellen.

Verbrechen.

• Berlin. Der Vorstand der Deutschnationalen Partei in München, Oberst a. D. von Klabender, der vom Schöffengericht wegen Tragens der Uniform zu 500 M. Geldstrafe verurteilt war, wurde gestern in der Berufungsinstanz von der Strafkammer des Landgerichts in München freigesprochen, weil die Verordnung des Reichspräsidenten vom 31. August 1921 erst 14 Tage nach ihrer Verkündung in Kraft getreten ist, das Verbrechen aber schon am 1. September begangen war.

Gurkgewiesene Klage.

• Berlin. Wegen einer Kritik der „Germania“ an dem Verhalten eines Teiles der deutsch-nationalen Presse und Partei nach der Ermordung Erzbergers hatte der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Abg. Verat, gegen das Blatt Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Wie die „Germania“ mitteilt, wurde die Klage vom Amtsgericht Berlin-Mitte zurückgewiesen, weil der Privatkläger zur Erhebung der Privatklage nicht legitimiert erscheint. Die Deutschnationale Volkspartei und die deutschnationale Reichstagsfraktion gebühren nicht zu den nichtpöblichen Personen, welche passiv beleidigungsfähig sind.

Schmuckfahndiebstehl.

• Berlin. In der Villa der Prinzessin Ruth zu Sickingen wurde eingebrochen. Schmuckfächer im Werte von einer halben Million Mark sind gestohlen. Die Täter sind nicht ermittelt.

Die Vorgänge in Königsberg.

• Berlin. Blättermeldungen aus Königsberg zufolge hat der Zusammenstoß der Reichswehr mit den kommunistischen Demonstranten ein zweites Todesopfer gefordert. Ein Arbeiter ist an der erlittenen Schußverletzung gestorben. Das Gewerkschaftsamt hat einen kommunistischen Antrag abgelehnt, den Generalstreik wegen des Zusammenstoßes anlässlich der Hindenburgfeier auszurufen. Das Werkzeckskommando I hat gegen die verantwortlichen Redakteure der Königsberger „Freiheit“ und der „Roten Fahne des Ostens“ wegen der in verschiedenen Artikeln enthaltenen Angriffe Strafantrag wegen Verleumdung gestellt.

Die wirtschaftliche Not der deutschen Presse.

• Hamburg. Anlässlich der Tagung des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger fand am Mittwoch abend im Rathaus ein Empfang statt, zu dem u. a. die Vorstandsmitglieder des Vereins, die nicht dem Vorstand angehörenden Reichsvorstandsvorsitzenden, Vertreter des Senats und der Bürgerwehr, hervorragende Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens und eine Reihe Hamburger und auswärtiger Pressevertreter erschienen waren. Der regierende Bürger-

meister Dr. Dieckel erinnerte in seiner Begrüßungsansprache an die schwere wirtschaftliche Not der deutschen Presse und betonte, daß es eine Verarmung unserer Presse und eine unerträgliche Erleichterung der wirtschaftlichen Lage aller Kreise am Werke des nationalen Aufbaues bedeuten würde, wenn nicht Mittel gefunden würden, mit denen es möglich sei, die katastrophale Bedrohung der deutschen Zeitungen abzuwenden. Was die Reichsregierung in dieser Beziehung tun könne, werde sie nach den Erklärungen ihrer Vertreter tun. Auch Hamburg sehe es als seine Pflicht an, alles, was nachdrücklich Hilfe bringen kann, zu fördern. Vom Idealismus der Berliner hoffe er, daß er die unerträglichen Erschütterungen überwinden werde, die von innen her für das Zeitungswesen ebenso verhängnisvoll waren, wie die äußeren Gefahren. Die deutsche Presse sei einzig in dem Wille, mitzuschaffen am Aufbau unseres Staatwesens. Daraus erwache für die hohe Verantwortung, selbst wenn sie kritisch ablehne, schloßerisch mitzuarbeiten. Heute sei mehr denn je Politik die Kunst des Erreichbaren und die Kunst sich mit dem Erreichbaren zu begnügen. Alle Kritik müsse erfüllt sein von dem Willen, nicht zu zerstören, sondern aufzubauen. Wir haben — fuhr der Redner fort — wenig Möglichkeiten zur Rettung in Deutschland, in das Ausland hinauszuweichen. Der wichtigste eine ist der Geist der deutschen Presse. Der Redner sagte weiter: Ich bin sicher, daß Sie sich dieser hohen Verantwortung bewußt sind und daß Sie es als Aufgabe der deutschen Presse betrachten, der Welt klar zu machen, daß sittliche Pflicht und wirtschaftliche Notwendigkeit fordern, den Kampf zu beenden, der nach dem Vertrauen von Versailles nicht abgeschlossen, sondern verweigert sein würde.

Ramend der deutschen Zeitungsvorleger sprach der erste Vorsitzende des Vereins deutscher Zeitungsvorleger Kommerzienrat Dr. Krumbach seinen herzlichen Dank für die liebenswürdige Begrüßung aus und erklärte sodann u. a.: In schlimmerer Lage und schlimmerem Umweltereicht die Flotte des deutschen Wirtschaftslebens. Sie trägt als folgebare Belastung die Hoffnungen auf Deutschlands Wiedereingliederung. — An ihrer Spitze die Flotte der deutschen Zeitungen mit allen Zeichen höchster Emsot. Mancher Mast wurde gekappt, manches wertvolle Gut über Bord geworfen. Am Ruder aber stehen Männer, durch das Leben erproben an dem Gefühl und Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit. Unerfährlich streben sie das gemeinsame Ziel des deutschen Wiederaufbaues wieder an. Versteht man auf dem Rückwärts die Signale nicht, die Stärkung und Hilfe für die im aufstrebenden Vorwärtstreiben sich anermittenden Zeitungswirtschaft fordern, deren Schiffe für so schlimme See, für so schweres Wetter nicht gebaut sind? Wird man es an fährlicher Stelle im Meise verheben, um was es geht, wenn die selbständige deutsche Presse verliert? Tritt diese Katastrophe ein, hat sich das deutsche Volk zum zweiten Male entworfen lassen. Was die deutsche Presse zu tun vermag, um Deutschlands Aufbau und Wiederaufbau wieder auf den früheren Stand empor zu bringen, wird sie an tun stets bereit sein. Hamburg muß wieder der bedeutendste Seehafen des Reiches werden unter der deutschen Flagge. Mit einem Hoch auf den Staat und die Stadt Hamburg, für deren Wohl und für das Gelingen der Vorhaben.

Die Beteiligung der italienischen Sozialisten an der Regierung.

• Frankfurt a. M. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Rom: Um über die Frage der Teilnahme an der Regierung zu entscheiden, wird der sozialistische Parteitag bereits für den Monat Juli einberufen. Die bisherigen Parteitage hatten die Beteiligung abgelehnt. Jedoch hat anlässlich des Annahmens der reaktionären Strömungen, insbesondere des Faschismus, unter den Sozialisten die Ansicht zugenommen, daß die Partei nur durch die Übernahme konkreter Aufgaben und Verantwortlichkeiten ihre Aufgabe erfüllen könne.

Stinnes im Haag.

• Haag. Am Mittwoch morgen traf Stinnes mit seiner Frau im Haag ein und nahm in einem Hotel Wohnung. Morgen von Lloyd George zu einer Besprechung eingeladen.

• Paris. Der Londoner Berichtshatter der „Chicago Tribune“ berichtet, Morgan sei von Lloyd George aufgefordert worden, Ende der Woche mit ihm die Finanzlage der Welt zu erörtern. Lloyd George würde die Ansicht der amerikanischen Bankiers über die europäischen Angelegenheiten im allgemeinen kennen zu lernen.

Eine angebliche Verpflichtung Englands.

• Paris. Wie Havas meldet, handelt es sich bei den Auskünften, die im Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten Doumergue von Poincaré verlangen soll, besonders um eine von Briand vor dem Ausschuss abgegebene Erklärung. Dieser soll erklärt haben, die englische Regierung sei eine Verpflichtung eingegangen, wonach sie die Nichtbezahlung der Reparationen oder der Besatzungskosten seitens Deutschlands als Grund für die Dinauslieferung der Räumung des linken Rheinufer betrachte. Der Senatsauschuss will wissen, ob diese Verpflichtung wirklich besteht.

Der belgische Minister des Innern bei Poincaré.
• Paris. Der belgische Minister des Innern Jaspars, der gestern in Paris eingetroffen ist, hat heute am Abend Poincaré einen längeren Besuch ab. Die Unterhaltung der beiden Staatsmänner drehte sich zunächst um die Haltung des belgischen Delegierten im Anliehenauschuss. Jaspars wiederholte die Erklärung, die dem französischen Vorkonferenzen in Brüssel Magérie bereits vom Ministerpräsidenten Theunis gegeben worden war und die dieser auch in einer Sitzung des Senats geäußert hat. Ferner wurde die Frage der Konferenz im Haag angerechnet. Die beiden Minister konnten feststellen, daß ihre Auffassungen in allen Punkten betreffend Fragen völlig übereinstimmen. Insbesondere erklärte Jaspars, Belgien gebe, die von ihm in Genue vertretene Auffassung in der Frage der Beschlagsnahme des Privatvermögens in vollem Umfange aufrecht zu erhalten. In politischen Kreisen glaubt man, annehmen zu dürfen, daß, wenn Frankreich sich entschließen sollte, auf die Teilnahme an den direkten Verhandlungen mit den russischen Delegierten zu verzichten, Belgien diesem Beispiel folgen würde.

Vermischtes.

Großfeuer in einer Zigarettenfabrik. Gestern abend gegen 7 Uhr brach in der Zigarettenfabrik von Juen in Müna-Ditten ein großes Feuer aus. Es besteht wenig Aussicht, die Lagerbestände zu retten.

Eisenbahnunglück in Ungarn. Der Mittwoch früh 1/2 Uhr von Budapest abgegangene Grazer Zug, von dem einige Waggons bei Raab abgefahren wurden, und über Debrecen nach Wien gehen, ist bei Pereghalom infolge Schienenbruchs entgleist. Die Lokomotive stürzte über die Böschung und rief mehrere Waggons mit sich. Von Budapest sind fünf Leisbuge abgegangen. Unter den Trümmern wurden zwei Leichen gefunden. Einem der Opfer ist die Gattin des schlesischen Grundbesitzers Freiherrn von Reichenstein, geborene Barontin Wenzel. Viele Personen, darunter Freiherr von Reichenstein, wurden schwer und etwa 20 leicht verletzt.

Verkehrsstörung auf der Berliner Ringbahn. Wie die „R. B. Z.“ meldet, sind gestern früh auf der Berliner Ringbahn zwischen der Tegelstraße und Schönberg eine große Verkehrsstörung statt. Dämtliche Züge lagen auf der Strecke fest, da alle Signale auf Halt standen. Nach den bisherigen Feststellungen scheint eine Blockierung vorgekommen zu sein.

Diebstahl in der Hamburger Hafen. Aus Hamburg wird gemeldet: In auswärtigen Zeitungen verbreitete Nachrichten über angebliche Millionendiebstahl im Hamburger Freihafengebiet entsprechen nicht den Tatsachen. Der Sachverhalt ist nach amtlicher Mitteilung der folgende: Auf eine Anfrage hin, daß Schiffer von Schuten, aus denen im Freihafengebiete holländische Dampfer beladen wurden, Kühen mit Mistkäben, Säcken für Instruktionen, Stoffen, Werkzeugen entwendet und in ihren Schuten versteckt hätten, wurde sofort eine polizeiliche Untersuchung vorgenommen, die sechs Schutten ermittelte. Der Gesamtbetrag des Wertes der gestohlenen durch die Polizei wiedererlangten Waren stellt sich auf etwa 400 000 Mark. Die Untersuchung ergab, daß von einer Beteiligung von Beamten keine Rede sein kann. Die in Zeitungsartikeln geäußerte Ansicht, daß das gestohlene Gut ohne Mitwirkung von Beamten nicht aus dem Freihafen hätte entnommen werden können, ist irrig. Eine unabhängige Kontrolle sämtlicher das Freihafengebiet verlassenden Personen ist praktisch undurchführbar. Auch die Angabe, daß die Schuten eigens zum Zwecke des Schmuggels hergerichtete doppelte Böden gehabt hätten, trifft nicht zu.

Bei Durchfällen ist Freis Edelmalstokas ein angenehmes und bewährtes Mittel, wie für Arzt behafteten wird. 100 g M. 11. — in allen Apotheken und vielen Drogerien.

Suche möbl. Zimmer

für sofort.
Dentist Glinz,
Kaiser-Wilhelm-Platz.
Anständiges, junges Mädchen sucht i. l. Juli einfach möbl. Zimmer.
Werte Offert. unt. V N 9021 an das Tageblatt Niefa.

Jung. Hausmädchen

gef. Konditorei Wöbins.
Suche a. l. Juli jüngeres Dienstmädchen.
Su erst. im Tagebl. Niefa.

Saubere Frau

ab. Tel. sucht für einige Vormittagsstunden zur Auwärterung eines Kuborf, Dunastraße.

Suche für meinen Dresdner Haushalt ein Stubenmädchen.

Vorwärts! Schloss Glaubitz bei Niefa.
Frau Geheimerat Dienert.

Sucht, Wäde, Veredlung. Wirtschaftl. i. l. Frau Seelia, Biberan.

Die goldene Brücke.

Ein Roman aus der Wiederkehrzeit von Anna Wöhe.
Amerikanisches Copyright 1918 by Anna Wöhe-Mahn, Leipzig.

14. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Reichbergs Blick hing bewundernd an dem zarten Gesicht der jungen Frau, an dem marmorweißen Hals, der sich so blendend aus dem weißen Spangengehäkel hob, an dem nachsichtsvollen Lächeln, das der damaligen Mode entgegen, in dichten Wellen die weiße Stirn umgab und tief im Nacken nur leicht zu einem Knoten verschlungen war. Sein leidenschaftliches Herz klopfte hitzige.

„Warum Sie auf mich.“ Lächelte er heiß und leidenschaftlich, dann trat er schnell zurück, weil sich fordern der Regierungsdirektor Ernst von Dewitz der Hausfrau näherte. Dennetzte hatte noch das Erschrecken über Reichbergs Worte auf ihrem Antlitz, als sie Dewitz fragend ansah. Dieser suchte mißmutig die schmalen Schultern und nahm behutsam ein Stübchen von seinem dunkelblauen Frack.

Verlorenes Liebeshändchen, verehrte Madame Bauer. Freulein Dorchgen behandelte mich mit ausgesuchter Gleichgültigkeit, und dennoch gaben Sie mir die Versicherung, daß Dorchgen meinen Wünschen nachgeben wird.“

„Das wird sie auch.“ antwortete die schöne Frau, und ein harter, fast grausamer Zug trat in das edel geschnittene Gesicht. Dorchgen ist noch ein Kind. Sie weiß überhaupt nicht, was sie will und wird sich dem Willen ihres Vaters fügen. Seien Sie also ohne Sorge lieber Freund.“

Dewitz neigte sich dankbar über die zarte, ihm entgegengehaltene Hand.

„Sie machen mich unendlich glücklich, meine verehrte Madame Bauer. Herr Bauer erging sich vorhin in Andeutungen, die mich in einen Rauch des Entzückens versetzt hätten, wenn Dorchgen sich nicht dazwischen tat und abweisend gegen mich verhielt.“

Dennetzte sah auf ihren Mann, der soeben hinaustrat, während Dewitz sich wieder dem Kreis junger Mädchen zuwandte, in dem Dorchgen augenscheinlich die Schönheit war. Der weißliche Scheitel mit dem goldblonden Gelock über den kleinen Ohren schimmerte wie helle Seide, und in diesem goldigen Scheitel lag ein Strahl weißer Edelsteinen. Ein Strahl, welcher allem mit unsichtlichen

bein, alle mit schmalen, lichtgrünen Atlasband verziert, umschloß die schlanke Mädchengestalt, die soeben mit strahlenden Augen zu einem jungen Manne aufschah und bittend sagte:

„Ah, Herr Wälder, Sie müssen das Gebieth „An den Mond“ noch einmal vortragen, und dann die Bassade, wissen Sie, die Sie und damals im Tiergarten vorlasen, von dem schönen Königskind „Herzleidchen“.“

„Ah ja, das müssen Sie.“ betrauerte Leonore Fauer und ihre Freundin, Charlotte Vogel, die erste in lichtgrüner Tulle, die andere in rosa Tüll, „wir können es kaum erwarten, wieder etwas von Ihnen zu hören.“

Der Dichter lachte und schüttelte abwehrend seine blonde Mähne.

„Meine verehrten Damen, hier wird es heute nichts mit der Dichtung und mit meiner erst recht nicht. Es soll nämlich nach dem Essen getanzt werden, wie mit Ihre verehrte Frau Mutter,“ wandte er sich Dorchgen zu, „vorhin vertraute.“

„Das wird himmlisch,“ freuten sich die jungen Mädchen.

„Natürlich müssen Sie mir alle einen Tanz versprechen,“ sagte er.

„Selbstverständlich,“ rief Dorchgen.

„So viel Sie wollen,“ lachte Charlotte.

Nur Dorchgen schwieg erischreckt, denn Dewitz, der das ganze Gespräch aufgefing, sagte bestimmt zu Dorchgen:

„Der erste Tanz ist mein.“ Dabei reichte er ihr den Arm und führte sie in das angrenzende Gemach. Und Dorchgen, wie unter einem Bann, folgte willenlos an seinem Arme.

Die Freundinnen schauten dem Paar verblüfft nach und Doktor Hermann Waller meinte nachdenklich:

„Sie nimmt ihn doch noch.“

„Oftentlich nicht!“ rief Dorchgen lebhaft. „Dorchgen würde tobunglücklich werden, sie lebt ihn ja nicht.“

Wälder sah dem lieblichen Gesicht mit dem braunen Gelock starrlich in die Blauaugen. So daß Dorchgen den Blick erdrosselnd wandte, während Charlotte lebhaft zu einer anderen Gruppe junger Damen flatterte.

„Wissen Sie überhaupt etwas von der Liebe, Fräulein Leonore?“

Dorchgen senkte den Blick. Wie Wälder sie nur ansah.

„Biel nicht,“ gab sie kurz zurück, „ich mag auch gar nichts davon wissen.“

Damit schlitterte sie gewissermaßen durch den Saal auf die Freundinnen zu und ließ den Dichter stehen, dem ein Lächeln über das kuge, ehrliche Gesicht huschte, indem er dachte:

„Ausreifen lassen! Geduld haben! Geduld bringt Rosen!“

Unterdessen hatte Leberecht Bauer seine Frau in eine Fensterbank gezogen.

„Was fehlt dir, Leberecht?“ fragte sie betroffen. „Du bist so aufgeregt?“

„Das soll ich wohl nicht.“ antwortete er. „wenn solche Dinge vorgehen. Hast du es für möglich, Henriette, daß ich vorhin einen Brief von meinem ehemaligen Lehrling, den ich aus dem Hause werfen mußte, aus Griechenland erhielt, in dem er in aller Form um Dorchgen anhielt? Ich glaube, der Keel ist verrückt geworden. Eine solche Annahme ist mir noch nicht vorgekommen.“

Er ist inzwischen ein sehr hohes Tier am griechischen Hofe geworden. Der König zeichnet ihn besonders aus. Er hat in Griechenland überall Apotheken eingerichtet und Geld und Ehren eingeholt, sogar den Majorgrad und den Erlöserorden — dies sagte Bengler, der es ausgestellt hatte hat — und nun will dieser Jammelmännchen Dorchgen als Frau. Er hat die Unverschämtheit, mir zu sagen, daß es mir, wie er wisse, hauptsächlich auf das Geld ankomme, verzeiht er auf jede Mittag zugunsten von Dorchgen Geschwärmern. Ist das nicht toll?“

„Was willst du ihm antworten?“ fragte Dennetzte, den Blick unruhig nach der Tür gerichtet, weil dort Andreas stand, der sie nicht aus den Augen ließ.

„Ich werde ihm mit Dorchgens Verlobung antworten. Das ist die beste Antwort für diesen eingebildeten Patron.“

„Aber Dorchgen will den Dewitz nicht.“

„Sie wird schon müssen. Noch heute soll es festgemacht werden. Schon am Nachmittag habe ich ihr eröffnet, daß es mein Wunsch und Wille ist, daß sie den Dewitz nimmt. Und seit wann war mein Wille nicht Wesele im Hause?“

Henriettes feingeschwungene, rote Lippen kräuselte ein feines Spottlächeln.

„Zeitdem ich dein Weib wurde,“ dachte sie, doch sagte sie mit aufleuchtenden Augen:

(Fortsetzung folgt.)

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Deute letzter Tag: **Welsch und Gamselmann, Urwaldkrieger**, sowie letztes Auftreten des **Comoriken Fritz Klammer**.
 Freitag bis Montag Fortsetzung des amerikanischen Großfilms
Der glühende Kristall — 5. Teil: —
Kerner: Das vierte Gebot. Ergreifendes Drama in 6 Akten.
 Voraussage! **Ab Dienstag! Nur 3 Tage!** Voraussage!
Kaiserin Elisabeth von Oesterreich.
 Gräfin **Savisch**, die Nichte und Vertraute der Kaiserin, spielt selbst in diesem Film. Um gütigen Zuspruch bittet die Besitzerin **Anna Bach**.

Reichshof Beithain.
 Freitag, 16. Juni, punkt 7,8 Uhr
großes Extra-Konzert
 ausgeführt vom Orchesterverein „Harmonie“.
 Direktion: Herr Musikdirektor **Derkloh**.
Anschließend feiner Ball.
 Der Reinertz. Ist zur Erbrung gefall. Kleiner bestimmt.

Gasthof Münchritz. Ballmusik.
 Sonntag v. 5 Uhr an
 feine

Kühne's Konzerthaus, Altoschatz
 Telefon Oshag 224 — Angewandte
 Musikschule Niesha-Oshag — Größtes
 Familien- und Ball-Saal.
 Jeden Sonntag feine Tanzmusik
 vom Stadtmusiker. — Intimer
 Tanzdielenbetrieb.
 Ergebenst Max Kühne.

Zum Sängerfest.
 Wir laden — Willkommensbrüche
 alle Dekorations-Artikel, Kunstfener
 befond. zur Schmückung der Standquartiere, empfiehlt
Robert Blume, Fernruf 200.

Hühneraugen
 Hornhaut, Schwielen u. Warzen
 beseitigt
Kufrol
 sicher u. schmerzlos
 in Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich.
 Gegen Fußschwellen und Wundläufen Kufrol-Fußbad!
Central-Drogerie Oskar Förster.

Nutzholz-Versteigerung.
 Montag, den 19. Juni, vormittags 11 Uhr
 kommen im **Gasthof Erdgericht, Niederschmölka**,
 Bahnhofsstation Schmölka (Oberlausitz) folgende **Mund-
 hölzer** unter den noch in der Auktion bekannt zu
 gebenden Bedingungen gegen Barzahlung zur Ver-
 steigerung.
 Länge: Stärke:
 ca. 150 im Eiche ca. 2-16 m ca. 18-120 cm
 „ 15 „ Erle „ 3-15 „ „ 16-40 „
 „ 17 „ Birke „ 4-10 „ „ 16-25 „
 „ 40 „ E. Buche „ 2-14 „ „ 10-45 „
 „ 15 „ Eiche „ 2-10 „ „ 20-40 „
 „ 90 „ Fichte „ 8-22 „ „ 10-60 „
 „ 30 „ Kiefer „ 6-15 „ „ 13-30 „
 „ 20 „ Lärche „ 2-24 „ „ 13-40 „
 Listen werden in der Auktion verteilt oder sind
 zu beziehen durch **Kurt Grohmann, Demitz-Thumitz**,
 durch welchen auch Beficht. vorgenommen werb. kann.

Neue saure Gurken
Neue Matjesheringe
 einzeln und zum Wiederverkauf billigst
 Fernruf. **Fritz Reichelt, Bismarckstr. 19.**
 236.

Neue Sendung prima Speisekartoffeln
 eingetroffen, Zentner M. 150.—
Hans Ludewig, Gröba
 Spinnereistr. 11 — Telefon Niesha 68.

Morgen Freitag und Sonnabend
 von früh 10 Uhr an
Verkauf v. va. Fleisch u. Würst.
Albert Weithorn, Werdenschlächtere
 Gröba, Kirchstr. 10, Tel. 685.

Sichere vornehme Existenz bietet unsere General-
 vertretung und ist an Herren zu vergeben, welche
 unsere Fabrikate (Schokol. u. Süßwaren) mit Unter-
 vertreter verkaufen. Für das ständige Warenlager
 sind 20000 M. erforderlich. Nachweisliches Ein-
 kommen 15 000 M. monatlich. Meldungen an:
Schokoladen und Süßwaren, Erfurt, Postfach 312.

■ Bist Du mit dieser Landtage zu-
 frieden, dann schimpfe auch nicht,
 bist Du nicht zufrieden, so besie
 Dich und unterschreibe bei der Ge-
 meindebehörde das Volksbegehren.
 Zeit ist nur noch bis einschließlich
 — Montag, den 19. Juni. —

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
 dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
 danken zugleich im Namen unserer lieben
 Eltern herzlichst.
Münchritz, im Juni 1922.
Erich Naumann und Frau geb. Rodisch.

Reit- und Fahr-Tourier zu Niesha

in der ehem. 32er Artillerie-Kaserne
 Sonntag, den 9. Juli 1922



veranstaltet vom Kavallerie-Verein Niesha
 und Umgebung
 Festzug durch die Stadt — Punkt 1 Uhr
Tourier-Folge:
 Beginn 2:30 Uhr

1. Quadrille
 2. Eignungsprüfung für Jungreiter
 3. Ermunterungsdressurprüfung für alte Reiter — Klasse A
 4. Vorführung der Jungreiter
 5. Leichtes Jagdspringen
 6. Konkurrenzreiten, auch für Nichtmitglieder
 7. Schleifenreiten
 8. Schweres Jagdspringen
 9. Eignungsprüfung für Zugpferde
- Klasse A — Einspänner
 Klasse B — Mehrspänner
 — Kleine Änderungen vorbehalten —
Der Festausschuss

Kammerlichtspiele

Hauptstraße



Rur noch heute: **„Caro Ah“ 3. Teil**
Bestien der Steppe.
 Ab morgen Freitag bis Montag:
„Caro Ah“ 4. und 5. Teil
 in einem Programme.
 4. Teil:
In den Krallen der Hyäne.
 5. Teil:
Auge um Auge.
 Hauptrolle: **Maria Walcamp**,
 der weibl. **Eddie Polo**.
 Beginn der Vorführungen 7 Uhr.
 Wegen der enormen Länge
 des Programms wird um
 rechtzeitig. Kommen gebeten.

Achtung! Ab Dienstag der gewaltigste Film aller Zeiten:
Der erste Kreuzzug
 Die Befreiung Jerusalems unter Gottfried von Bouillon.
 15 000 Darsteller, 3000 zu Pferde.
 Beachten Sie die weiteren Ankündigungen zu diesem Filme!

Zuverlässiges
Hausmädchen
 für kleinen Haushalt in
 angenehme gut bezahlte
 Stellung gesucht. **Wolfs-
 frau vorhanden.** Frau
M. Ehrh. Umbach Sa.
 Suche zum 1. Juli für
 einen frauenlosen Haus-
 halt eine kinderliebe
Wirtschafterin.
Krummha. Niesha. Wbstr. 1.
 Suche sof. einen älteren
 zuverlässigen
Freischweizer
und 1 Pferdewacht.
Otto Raul, Röderau.
Stellung sucht
 jung., arbeitsamer, strebf.
Geschäftsmann. Ver-
 trauensposten bevorzugt.
 Offerten unter U N 9020
 an das Tageblatt Niesha.

Vom 16. Juni 1922 ab kostet die Vollmilch
 im Kleinverkauf
ab Ladengeschäft M. 7.80
ab Hof des Erzeugers M. 7.30
 Die Magermilch kostet
ab Ladengeschäft M. 3.80
Molkereigenossenschaft Niesha, e. G. m. b. H.
Milchproduzenten Niesha.

Obstverpachtung.
 Die Aepfelanbauung an den Feldern des hiesigen
 Rittergutes soll verpachtet werden. Schriftliche Ge-
 bote sind bis zum 30. d. M. einzureichen. Besich-
 tigung nur nach vorheriger Anmeldung gestattet.
 Rittergutsverwaltung **Walda v. Grodenhain.**
Robschlächtere Schützenstr. 19
 Morgen Freitag, sowie Sonnabend
 prima Fleisch. u. Würst. Verkauf.
 Tel. 273 **Otto Wundermann.**

Bereinsnachrichten
Amphion. Freitag, 16. d. M., punkt 8 Uhr Trini-
 tatisfeier Hauptprobe: im Anschluß hieran
 Hauptprobe in der Elbterrasse. Vollständiges
 Erscheinen unbedingt erforderlich!
Bienehäuser Niesha und Umpa. Sonntag, 18. d.,
 7,8 im Kronprinzen Grodenhain. Dienentrunkfellen.
Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefang.
Cröscher Niesha
 Sonnabend, den 17. d., abends 7,8 Uhr
 im **Hotel Stern, Kleiner Saal**
außerordentliche Generalversammlung.
 Tagesordnung: 1. Bericht vom Bundestag.
 2. Das Bestehen der Reichsvereinigung, 3. Beschlie-
 benes. — Tagesordnung äußerst wichtig. Erscheinen
 aller dringend notwendig. **Der Gesamtvorstand.**

Land- und forstwirtschaftlicher Bezirksverband
Grodenhain, Zweigverband Niesha.
 Sonnabend nachm. 4, Uhr Monatsversamm-
 lung. Vortrag des Herrn **Wanderredner Jenke**
 über: **Innere Kolonisation.** **Dennis, Gröba.**

Mandolinen-Quartett „Undine“
Gröba a. E.
 empfiehlt sich zu Vereinsveranstaltungen
 — und Familienfestlichkeiten usw. —
 Näheres bei **H. Lindner, Gröba**
 Weststraße 18, II.

Hausflurplatten
 Schweinetröße, gel. Weiß- und Granitfalk empfiehlt
 Bauunternehmer **Hahnemann, Merzdorf.**

Prima Alpaka
 für Kleider und Mantel
 130 cm brt. Met. 210 Mk.
Woll-Musseline
 Meter v. 90 Mk. an
Hemden-Nessel
 gestreift, Meter 37 Mk.
 Zephir-, Dirndl-,
 Schürzen-Stoffe.

Blütenweicher
 pulverisierter
Borax
 ist wieder vorrätig, sowie
Schwan-Seifenpulver.
F. B. Thomas & Sohn,
 Seifengeschäft.

Emil Förster
 Hauptstr. sechsb. Apotheke.

große und kleine Posten,
 kauft und holt von der
 Wiefe weg
Paul Starke,
 am Albertsblag.

Mischung Moccasan
 25% Bohnenkaffee
 75% feinsten Kaffee-Ertrag
 verbürgt Reinheit und
 guten Kaffeegeschmack.
 1/2 Pfund M. 40.00
 1/4 Pfund M. 20.00
Nieshaer Kaffeebrüher
Adolf Bormann
 Wettinerstr. 25. Tel. 444.

Frühgebrannter
Granfalk
 eingetroffen.
G. Heinig
Langenberg.

Britttausgabe
 im Hofe morgen Freitag
 v. 7 Uhr ab auf alle Arten
 der neuen Kohlenarten.
Paul Benzel, Gröba.

Grüne Stachelbeeren
 tausend zu kaufen gesucht.
 heutiger Tagespreis:
 800 Mk. pro Zentner.
**Lommatscher Gemüse-
 und Obst-Verwertung**
G.m.b.H. in Lommatsch.
 Fernsprecher 55 u. 56.

Britttausgabe
 nur Niesha Stadt Freitag,
 d. 16. v. 7-12a. Mon. Mai.
X. M. Gumlisch. X
 Auch verl. gel. Kohlföhle.
3 junge Schäferhunde
 verkauft **Niedrig Nr. 25.**

Grüne Stachelbeeren
 kauft **Friedr. Koch.**
Schoten
 Rohrabi und Karotten,
 sowie Staudensalat
 empfiehlt billigst
 Gärtnerei **Paul Kirken**,
 neben Postamt 2.

2 Würfel
Ferkel
 sind zu verkaufen, welche
 sich auch zur Zucht eignen.
August Polrowsky
 Neu-Weiba bei Niesha,
 Hauptstraße 13.

Gepöfelte
**Schweins-
 Köpfe**
 Pfund 29 Mark, empfehle
Paul Pfeifer
 Wettinerstr. 29. Tel. 147.
 Einschlagpapier
 bitte mitbringen.

Ein starker
Kastenwagen
 zu verl. **Dichtentee Nr. 17.**
1 Posten Holzwohle
 lose oder in Ballen,
 kaufen sofort
Gebüder Lieske,
Langenberg.

Morgen früh
frische Seezische.
Clemens Bürger.

Verkaufstell. i. Schürzen,
 Unterröckl., Taschentüsch.
 werd. eingerichtet. Rad. nicht
 nötig. Erforderlich 8 bis
 5000 M. Off. Schlichtf. 22,
 Dresden-N. 24, Rückerb.

F. R.
 Morgen Freitag abend
 8 Uhr Sitzung. Nach dieser
 Versammlung in „Stadt
 Gamburg“. **D. C.**
 Die heutige Nr. umfasst
 4 Seiten.